

Entwicklungsprojekt 4.2.504

Erarbeitung eines Verordnungsentwurfs zur Novellierung der Fortbildungsordnung „Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen“

Projektbeschreibung

Kirsten Vollmer

Claudia Frohnenberg

Gisela Mettin

Laufzeit III/15 – IV/16

Bonn, Juli 2015

Bundesinstitut für
Berufsbildung
Robert-Schuman-Platz 3
53175 Bonn

Telefon: 0228 / 107 -2326
E-Mail: vollmer@bibb.de

www.bibb.de

Begründung	
Ziele	Erarbeitung eines neuen, kompetenzorientierten Verordnungsentwurfs für die „Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen“ gemäß Weisung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).
Aufgabenstellung	Insbesondere auf Initiative des Berufsverbandes der Fachkräfte zur Arbeits- und Berufsförderung (BeFAB) angeregte Diskussions- und Entscheidungsprozesse über eine Aktualisierung der Verordnung hatten das BMBF veranlasst, das BIBB mit einer Voruntersuchung zu den Qualifikationsanforderungen der Fachkräfte zu betrauen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung wurden bei einem Erörterungstermin mit den für den Beschäftigungsbereich relevanten Akteuren im BMBF diskutiert und dabei Konsens hinsichtlich des Novellierungsbedarfs der Verordnung erzielt. Der zu erarbeitende Verordnungsentwurf soll ein kompetenzorientiertes, den Qualifikationsanforderungen entsprechendes Fortbildungsangebot gewährleisten, das im Ergebnis auch einen wichtigen Beitrag zur Qualität der beruflichen Bildung behinderter Menschen im Segment „Werkstätten für behinderte Menschen“ und damit auch zur Verwirklichung von deren Anspruch auf Teilhabe und Inklusion leistet.
Transfer	Die neue Verordnung wird in die breite, intensive Vortrags- und Veröffentlichungsarbeit des BIBB im Feld „Berufliche Bildung behinderter Menschen“ einfließen.

Konkretisierung des Vorgehens
Methodische Vorgehensweise
Die Erarbeitung eines Verordnungsentwurfs zur Novellierung der Fortbildungsordnung „Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen“ erfolgt gemäß der qualitätsgesicherten Prozessbeschreibung in Ordnungsverfahren für Fortbildungsordnungen. Sie umfasst im Wesentlichen die Organisation, Moderation und Leitung der Sachverständigensitzungen, die verantwortliche Erarbeitung von Entwürfen zur Gestaltung der Fortbildungsordnung, die Diskussion von Expertisen und Gestaltungsvorschlägen im Gremium sowie die Abstimmung über die Gestaltung des Verordnungsentwurfs. Die Besonderheiten des Beschäftigungsbereichs (u.a. keine reine klassische Sozialpartnerschaft, weitere wesentliche, einzubeziehende Akteure) und die politischen Rahmenbedingungen (insbesondere Eingliederungshilfereform/aktuelles Regierungsvorhaben Bundesteilhabegesetz) bedürfen angemessener Berücksichtigung im Verfahren und begründen u.a. ggf. längeren Zeiträumen

Interne und externe Beratung
Für das Ordnungsverfahren wird ein Fachbeirat gebildet. Gemäß der Weisung des BMBF sind bei dessen Zusammensetzung die Besonderheiten dieses Beschäftigungsbereichs zu berücksichtigen und nachfolgend genannte Institutionen (s. unter Kooperationen) um Benennung von Sachverständigen und je eines Vertreters zu bitten..

Kooperationen
Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung; Deutscher Gewerkschaftsbund; Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe beim LWL; Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen; Bundesarbeitsgemeinschaft für unterstützte Beschäftigung; Bundesvereinigung Lebenshilfe; Bundesagentur für Arbeit; Bundesverband der Fachkräfte zur Arbeits- und Berufsförderung. <i>Nachrichtliche Beteiligung:</i> Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Tariftgemeinschaft Deutscher Länder. <i>Beteiligung der verantwortlichen Ressorts:</i> Bundesministerium für Bildung und Forschung; Bundesministerium für Arbeit und Soziales